

Zeitschrift:	Tsantsa : Zeitschrift der Schweizerischen Ethnologischen Gesellschaft = revue de la Société suisse d'ethnologie = rivista della Società svizzera d'etnologia
Herausgeber:	Schweizerische Ethnologische Gesellschaft
Band:	4 (1999)
Artikel:	Absicht soll sein, einen Konsens zu fördern
Autor:	Müller, Hans-Peter
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-1007479

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Absicht soll sein, einen Konsens zu fördern

Interview mit Hans-Peter Müller

Hans-Peter Müller, Prof. für Ethnologie, Ethnologisches Seminar der Universität Zürich, 1997 beauftragt vom Stadtpräsidenten, ein Leitbild zur Integrationspolitik der Stadt Zürich zu verfassen. Ausgehend von einem Anstosspapier und einem Materialband, erstellte er in Zusammenarbeit mit den Fachdepartementen der Stadt Zürich ein Leitbild, dessen politische Vernehmlassung im Winter 1998/99 stattfand. Dem Anstosspapier ging eine von der Fachstelle für Interkulturelle Fragen organisierte «Synode» voraus. Dabei wurden von ausländischen Organisationen, Mitgliedern des Gemeinderats der Stadt Zürich und Hilfswerken ein «Synodenpapier» formuliert. Müller bedauert heute, den starken Einfluss des Synodenpapiers auf das Leitbild nicht stärker hervorgehoben zu haben.

Aus welchen Gründen haben Sie sich dafür entschieden, das Leitbild gemeinsam mit den Fachdepartementen zu erarbeiten und wie haben Sie die Zusammenarbeit mit der Verwaltung erlebt?

Ich würde drei «Kulturen» unterscheiden: die akademische, die politische und die bürokratische. Verwaltungsleute haben eine andere Kultur als die PolitikerInnen, da sie sich nicht immerzu verkaufen müssen. Grundsätzlich bin ich weniger politisch als vielmehr fachtechnisch orientiert, weshalb ich mich auch entschieden habe, zuerst die Zustimmung der Fachdepartemente einzuholen, bevor ich das Leitbild in den politischen Prozess gebe. Die akademische Seite fand ihren Ausdruck in einer enormen Forschungsarbeit, welche ich wissenschaftliche Sichtweisen, Methoden und Know-how im grossen Stil hineingebracht habe. Ich wollte anhand einer guten empirischen Grundlage die



Zustimmung für gewisse Themen finden. Meine politische Absicht war, einen Konsens zu fördern, denn die Positionskämpfe der verschiedenen politischen Gruppierungen gleichen in Zürich einem Grabenkrieg. Nur wenn Integrationsfragen aus diesen Schusslinien genommen werden, lassen sich problemorientierte Lösungen finden.

In Ihrem Leitbild wünschen Sie die «Einbürgerung» als konkrete Massnahme. Was heisst das genau?

Die Einbürgerung sollte allgemein gefördert werden. Wer ein paar Jahre in Zürich lebt und Deutsch oder zumindest eine Landessprache kann, sollte das Bürgerrecht bekommen. Die MigrantInnen der zweiten Generation sollten automatisch SchweizerInnen sein; sie sind soziologisch oder kulturell gesehen bereits SchweizerInnen, was ihre Kenntnisse und die Grundvoraussetzungen zur politischen Partizipation anbelangt. Dies finde ich selbstverständlich und habe es im Leitbild postuliert, obwohl ich gewusst habe, das es in Zürich in den nächsten zehn Jahren keinen Erfolg haben wird.

Von welchem Kulturkonzept sind Sie in Ihrem Leitbild in Bezug auf «Integration» ausgegangen?

Ich gebrauche lieber den Gesellschaftsbegriff, auch wenn die Frage, was Gesellschaft ist und wie sie sich verändern soll, eine kulturelle Frage ist. Jede Gesellschaft muss die Verteilung von Produktion garantieren und innere und äussere Sicherheit schaffen. Sie muss lernfähig sein, was Reproduktion und Anpassung bedeutet. Ich gehe davon aus, dass Mitglieder in dieser Gesellschaft ganz bestimmte Fähigkeiten, Weltbilder und Normen durch die entsprechende Sozialisation erworben haben. Menschen, die aus der europäischen oder globalen «Peripherie» kommen, haben andere Sozialisationsbedingungen. Wenn es zur Migration kommt, dann sind wir an einem bestimmten geographischen Ort mit verschiedenen Kulturen konfrontiert – «Kultur» hier nicht nur im rein symbolisch-konstruktivistischen Sinn von letztlich beliebigen Wertesystemen, sondern als Ausdruck von bestimmten Strukturpositionen in der Globalgesellschaft. Kulturelle Nähe oder Distanz lässt sich bei einem strukturbbezogenen Kulturverständnis direkt über Schulbildung und Einkommen (vgl. Bourdieu), aber auch Demokratieerfahrung und politischer Partizipation erfassen. Es stehen also nicht subjektivistische Identitätskonzepte, sondern institutionelle Differenzen und ihre sozialpsychologischen Korrelate zur Diskussion: Soweit (und nur soweit!) Deutungs- und Verhaltensmuster mit den Funktionserfordernissen unseres metropolitanen Gesellschaftstyps unvereinbar sind, ist Lernen und Assimilation angesagt. Ich habe im Grunde ein Entwicklungsmodell. Rein typologisch gesehen liegt der Hauptkonflikt in der Rolle, welche der Staat gegenüber Familie und Verwandtschaftsgruppen spielt. Modernität oder eine metropolitanen Kultur besteht aus sozialstaatlichen anstelle von familiären oder verwandtschaftsbezogenen Solidar- oder Rechtssystemen. Das ist eine Frage von sozialer Distanz.

Wo positionieren Sie sich in der konzeptuellen Debatte um «Integration»?

Für mich ist die ganzheitliche oder systemische Betrachtung wichtig. Ich schaue die Aspekte unter verschiedenen Gesichtspunkten an, unterscheide zwischen technischen, wirtschaftlichen, sozialen, politischen, normativen oder symbolischen Aspekten. Ethnologisch ist, dass wir solche Gesichtspunkte transkulturell betrachten und um deren Relativität wissen. Aber innerhalb einer Gesellschaft gibt es in vielen Bereichen keine Relativität, sondern Verbindlichkeiten. Ich habe versucht, Integration theoretisch zu differenzieren und dafür drei Verhaltensmodi unterschieden: Erstens die einseitige Anpassung oder «Assimilation» an Kernfunktionen unserer Gesellschaft. Sie beziehen sich wie überall auf Produktion, Verteilung, Sicherheit und Reproduktion-Sozialisation, in



unserem Gesellschaftstyp konkret auf öffentliche Grundwerte wie Staatsmonopol der Gewalt; allgemeine Schulbildung; Geschlechtergleichheit; freie Partnerwahl und Arbeitswilligkeit. Hier handelt es sich um kontraktuelle Normen der Gegenseitigkeit in einem *common property* System auf staatlicher Ebene. Zweitens «Akkulturation» im Sinne gegenseitiger Anpassung. Diese Form ist angezeigt, wo einerseits innerhalb gegebener Strukturen verschiedene Lebensformen als funktionale Äquivalente betrachtet werden können, es andererseits um Lebensbereiche geht, die einen gewissen Grad von Öffentlichkeit beinhalten und somit die rein private Entscheidungssphäre übersteigt. Ich denke hier an das Zusammenleben im Haus, im Quartier, am Arbeitsplatz, in Schule und öffentlichem Raum. Hier ist Multikulturalität möglich und erwünscht, erfordert aber auch Konfliktfähigkeit und Toleranz. Die dritte, wiederum idealtypisch verstandene Form, habe ich als «Individuation» bezeichnet. Sie bezieht sich auf Gestaltungsbereiche, die als «privat» gelten können, die niemanden etwas angehen. Sie ermöglichen subkulturelle Vielfalt, urbane Lebensqualität und Pflege (ethnischer oder anderer) Identität. Über Zuordnung und Abgrenzung dieser Beziehungsmodi müssen ständig Auseinandersetzungen geführt werden. Die Kategorien erlauben uns aber, die Anpassungsbeziehungsweise Multikulturalitätsforderung rationaler zu diskutieren und einen Konsens in der Problemsicht zu erreichen.

Aus welchen Überlegungen heraus verwenden Sie im Leitbild die Begriffe «MigrantInnen» und nicht «AusländerInnen»?

Überall, aber in der Schweiz besonders, ist die Ausländerkategorie von einem ethnologischen Standpunkt aus gesehen absolut unbrauchbar. SchweizerIn-Sein ist eine rechtliche Dimension und nicht eine Kategorie, die Verständnis und Identifikation mit dieser Gesellschaft impliziert. Der Status «AusländerIn» oder «SchweizerIn» sagt mir noch nichts über die Integration. Mit dem Begriff «MigrantIn» verweise ich auf eine biographische Tatsache, und hinter dieser Biographie steckt in der Regel auch das Potential der Kulturkonflikte.

Wie sind Sie mit dem Leitbild zufrieden? Hat es sich im Vergleich mit dem Anstosspapier verändert und wurden dabei gewisse Konzepte modifiziert oder weggelassen?

Was mir wichtig ist und was im städtischen Papier zu wenig herauskommt, ist der Bezug zur Globalisierung. Diese müsste in jeder Analyse von Migration mitberücksichtigt werden. Solidarität mit der Dritten Welt würde sich darin äußern, dass man politische Bedingungen fördert, die Migration weniger wahrscheinlich machen. Dieser Gedanke wird im Leitbild zwar aufgenommen, aber nicht mehr im Zusammenhang gezeigt. Mit dem Argument, das Leitbild lesbarer zu machen, ist vieles geglättet worden und hat an Stringenz verloren. Es vermischt Konzepte, Strategien und Massnahmen, die im ursprünglichen Anstosspapier klar auseinandergehalten wurden. Auch die weitgehende Berücksichtigung von Anliegen der ausländischen Wohnbevölkerung wurde – und dies ist als Selbstkritik gemeint – viel zu wenig hervorgehoben. In der Tat bilde die Dokumentation der «Ausländersynode 96» mit den Arbeitsgruppenpapieren, an denen ich persönlich mitarbeitete, den Ausgangspunkt der Arbeit am Leitbild. Auch wurde mit den RepräsentantInnen von über 60 Ausländerorganisationen ausführliche und offene Befragungen durchgeführt, ausgewertet und der Analyse zugrunde gelegt. Von einer Missachtung der ausländischen Stimmen, wie sie in den Medien behauptet worden ist, kann darum keine Rede sein.

Welches Gewicht erhält Ihrer Ansicht nach die Ethnologie in der Auftragsforschung, zum Beispiel in der Erarbeitung eines Leitbildes?



Wenn ich die «Realethnologie» anschaue, muss ich sagen, dass der Stellenwert der Ethnologie innerhalb der Sozialwissenschaften sehr unklar geworden ist. Besonders bei Auftragsforschungen können sich Theoriebedürfnisse, Fakten, Interessen und Profilierungswünsche massiv in die Quere kommen. Als identitätsstiftende Spezialisierung würde ich an der Kenntnis interkultureller Zusammenhänge – im Bereich der Kommunikation und der gesellschaftlichen Strukturen – festhalten. Dass solche Professionalität nicht mit blindem Engagement für alles Fremde und Nicht-Westliche einhergeht, bedarf wohl keiner weiteren Begründung. Konkret: Beim Auftrag, ein Integrationsleitbild für die Stadt Zürich zu erstellen, ging es um die langfristige Entwicklung unserer Kommune. Im Zentrum stand die Integration der Gesellschaft, und abgeleitet davon die Integration der Individuen in die Gesellschaft als funktionale Notwendigkeit. Ich hielte es für «ethno-zentrisch» im wörtlichen Sinne, wollte man andern Disziplinen die Kompetenz absprechen, eine solche Aufgabe kultursensibel zu lösen. Trotzdem: Interkulturelle Kompetenz muss als Kern ethnologischer Fachidentität gelten. Dass das Leitbild in Zürich dem Ethnologischen Institut zur Ausführung übergeben wurde, hängt aber in erster Linie mit der Vorreiterrolle von Bern zusammen, erst sekundär mit Vorstellungen der Behörden über wissenschaftliche Profile. In Basel war ein Jahr später übrigens derselbe Effekt wirksam.

Wo sind während der Entwicklung des Leitbildes Schwierigkeiten bei der Verständigung aufgetaucht und weshalb?

Die Leute hatten zum Teil Schwierigkeiten mit theoretischen Formulierungen im Anstosspapier. Ich habe versucht, ein kohärentes und konsistentes Modell zu machen. Die abstrakten Begriffe konnten wir zwar anhand von Diskussionen klären, die Konsistenzforderung eines Modells in der konkreten Praxis interessierte die PraktikerInnen aber nicht gross, weil sich diese Forderung sowieso nicht einlösen lässt. Was gut verstanden worden ist, ist der Begleitband, der – ausser im ersten Kapitel, das die Begriffe klärt – das Material und gewisse Interpretationen hinzufügt. Ich bin nicht ganz sicher, wie sich diese Erfahrung auf die ethnologische Ausbildung und weitere Projekte auswirken wird. Die Gefahr, sich in der eigenen Gesellschaft auf Betroffenheit zu spezialisieren und Parteilichkeit als Fachkompetenz auszugeben, ist nicht von der Hand zu weisen. Die Tendenz wäre aber für unser Image langfristig fatal.

Was braucht es also, um eine generalisierende Aussage auf einen lokalen Kontext anwenden zu können?

Mir scheint, dass man dies nur dialogisch lösen kann, ohne Berührungsängste von Seiten der Wissenschaft. Ich arbeite auch in der Entwicklungszusammenarbeit gerne mit PraktikerInnen zusammen; sie stellen andere Fragen und erzwingen grundsätzliche, klarere und spezifischere Antworten.

Würden Sie erneut eine Auftragsforschung im Sinne des Zürcher Leitbilds machen?

Ich hätte gegenwärtig keine Zeit mehr, eine grössere Auftragsforschung durchzuführen. Das Leitbild war denn auch eine Art Luxusübung, für die ich viel Zeit von meinem Freisemester eingesetzt habe. Die Arbeit hat mir allerdings viel gegeben. Das Nahe ist mir sonst nicht das Nächste; es ist mir jetzt näher gekommen und ich merke auch, dass ich nicht mehr aus dem Gebiet der Migrations- und Integrationspolitik herauskomme. Trotzdem möchte ich in den nächsten Jahren neben der Inlandethnologie die Auslandforschung wieder stärker betonen – durchaus auch angewandt im Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit.